

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 24.05.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Frau Elke Grünewald

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Andreas Rütter

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Brigitte Biermann

Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Gudrun Hennke

Herr Joachim Hood

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Thomas Rüscher

FDP

Frau Dr. Gudrun Langenberg

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Bürgernähe/Piraten

Herr Michael Gugat

Nicht anwesend:

Frau Dr. Wiebke Esdar (SPD)

Herr Marcus Lufen (SPD)

Von der Verwaltung:

Herr Voßhans – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Köhler – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Rüter eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Zu Punkt 6 der Tagesordnung (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019) teilt er mit, dass die Beschlussfassung im Rat inzwischen erst für den 30.06.2016 vorgesehen sei, so dass er vorschläge, die Vorlage heute in erster Lesung zu beraten. Die abschließende Befassung könne dann unter Einbeziehung der Fachausschussempfehlungen in der turnusmäßigen Sitzung am 21.06.2016 erfolgen. Herr Dr. Schmitz erklärt, dass der zu diesem Punkt von seiner Fraktion formulierte Antrag auch erst zur Sitzung am 21.06.2016 gestellt werde. Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses sind mit dem Vorschlag einverstanden. Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 28.04.2016****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 28.04.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zum vorläufigen Rechnungsergebnis 2015 macht Herr Berens folgende Mitteilung:

Gemäß dem bekannten Zeitplan für das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2017 wurde kürzlich verwaltungsintern das Haushaltsrundsreiben für den Beginn des dezentralen Planungsprozesses versandt. Ein entsprechender Ausdruck liegt als Tischvorlage auf den Plätzen.

Dieses Haushaltsrundsreiben nimmt u.a. auch Bezug auf das abgelaufene Haushaltsjahr 2015, für das zwar noch kein fertiger Jahresabschluss präsentiert werden kann, heute allerdings schon belastbare Aussagen auch unter Berücksichtigung einiger Jahresabschlussbuchungen gemacht werden können, wobei sich im weiteren Verfahren der Aufstellung des Jahresabschlusses noch Veränderungen ergeben können.

Mit dieser Einschränkung kann aus heutiger Sicht konstatiert werden, dass insgesamt gesehen eine maximale Verbesserung von rund 50 Mio. € im Jahresabschluss möglich ist. Wesentliche Faktoren sind dabei Verbesserungen in der allgemeinen Finanzwirtschaft mit rund 26 Mio. €, die zu 2/3 auf höhere Steuererträge und zu etwa 1/3 auf die günstige Zinsentwicklung zurückzuführen sind.

Daneben wird derzeit mit rund 9 Mio. € Verbesserung im

Personalaufwand sowie höheren Erstattungen von Bund und Land bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Höhe von etwa 8 Mio. € sowie höheren Zuschüssen im KiBiz von etwa 7 Mio. € gerechnet.

Soweit diese Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2015 bereits erkennbar waren, sind sie in Teilen bei der Ansatzbildung für 2016 ff. bereits berücksichtigt. Auch bei der Ermittlung der allgemeinen Deckungsmittel für die Planung des Haushalts 2017 wurden wesentliche Elemente bereits berücksichtigt, so dass das Planungsverfahren für den Haushalt 2017 derzeit ohne weitere zusätzliche Konsolidierungsbedarfe über die bisher bereits bekannten hinaus weitergeführt werden kann.

Inwieweit sich im weiteren Planungsprozess noch zusätzliche positive wie negative Erkenntnisse ergeben, bleibt dem weiteren Verfahren vorbehalten.

Herr Voßhans berichtet zu den Auswirkungen der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst 2016 für die tariflich Beschäftigten sowie zum Stand der Umsetzung der Personalgewinnung für die Aufnahme, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in Bielefeld. Die Inhalte dieser Mitteilungen sind als Anlagen 3 und 4 dieser Niederschrift beigefügt.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Bildung einer Produktgruppe für den Bereich Asyl und geflüchtete Menschen im städtischen Haushalt (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2986/2014-2020

Herr Copertino stellt einleitend fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion selbsterklärend sei. Ziel sei eine umfassende Transparenz in der Kostendarstellung. Seines Wissens habe man in anderen Kommunen bereits die Abbildung der flüchtlingsbezogenen Erträge und Aufwendungen in einer separaten Produktgruppe umgesetzt. Die Stadt Hamm habe dazu ein Projekt aufgelegt, das darüber hinaus auch die Bildung eines speziellen Amtes für Flüchtlingsangelegenheiten beinhalte. Die Darstellung aller Kosten in einer eigenen Produktgruppe stelle außerdem sicher, dass deren Erstattung in der richtigen Höhe geltend gemacht werden könne.

Herr Rees weist darauf hin, dass die Haushaltsplanstruktur im Rahmen der NKF-Einführung bewusst mit dem Ziel einer eindeutigen Zuordnung von Verantwortung für eine Produktgruppe festgelegt wurde. Die von der Verwaltung bereits erarbeitete Übersicht über die Erträge und Aufwendungen für die Flüchtlingsversorgung habe aber schon deutlich gemacht, dass die Zuständigkeitsbereiche verschiedener Dezernate und Ämter betroffen seien. Die Zusammenfassung in einer Produktgruppe widerspräche daher der in Bielefeld gewählten Struktur. Der in Hamm gewählte Ansatz mit Bildung eines eigenen Amtes würde mit der Bielefelder Struktur sogar übereinstimmen; sei hier aber wohl nicht denkbar.

Herr Berens weist darauf hin, dass die bereits vorgelegte Informationsvorlage zu den Kosten der Flüchtlingsversorgung erstellt wurde, um einen umfassenden Überblick zu liefern. Seines Erachtens handele es sich dabei um eine nachvollziehbare und transparente Darstellung. Bezüglich der Bielefelder Haushaltsstruktur führt er aus, dass diese unter Begleitung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeitet und dabei bewusst entschieden worden sei, dass immer nur eine Organisationseinheit für eine Produktgruppe verantwortlich sei. Ziel sei darüber hinaus gewesen, eine inflationäre Anzahl von Produktgruppen und Produkten zu vermeiden. Weiter erklärt er, dass der Aufbau einer neuen Struktur grundsätzlich denkbar wäre, wobei zu entscheiden wäre, ob es sich um eine Einzellösung oder um eine generelle Veränderung handeln solle. Die im Haushalt fehlende Transparenz könne allerdings sicherlich auch auf anderen Wegen gewährleistet werden. Herr Werner erwidert, dass die bisherige Darstellung im Haushaltsplan für den Bürger weder transparent noch nachvollziehbar sei. Die Stadt solle daher die vom Gesetzgeber eingeräumten Freiheiten bei der Gestaltung nutzen und eine eigene Produktgruppe für die Flüchtlingsversorgung schaffen. Frau Dr. Langenberg schließt sich den Ausführungen von Herrn Werner an. Herr Sternbacher teilt mit, dass es u.a. der Wunsch seiner Fraktion gewesen sei, die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingsversorgung verwaltungsweit darzustellen. Insofern könne er den Wunsch nach Transparenz nachvollziehen; er halte jedoch nichts von voreiligen Änderungsbeschlüssen zur Haushaltsstruktur. Seines Erachtens sei es erforderlich, durch die Verwaltung zuvor über die damit verbundenen Konsequenzen informiert zu werden. Herr Rees schließt sich dieser Einschätzung an und erklärt, dass seine Fraktion mit der vorgelegten Übersicht zufrieden sei. Die Bildung einer neuen Produktgruppe über Dezernats- und Ämtergrenzen hinweg könne ungewollte Folgewirkungen nach sich ziehen, indem der Wunsch entstehe, auch für andere

Personengruppen separate Produktgruppen zu bilden. Auch er plädiere daher zunächst für eine umfängliche Prüfung durch die Verwaltung. Alternativ könne eine Optimierung der vorliegenden Informationsvorlage erwogen werden. Herr Werner wiederholt seinen Wunsch nach einer offenen Darlegung aller Erträge und Aufwendungen für die Flüchtlingsversorgung. Er verbinde mit einer transparenten Kostendarstellung auch die Erwartung, rechten Gruppierungen keine Ansatzpunkte für kritische Äußerungen zu liefern. Da die Bildung einer eigenen Produktgruppe rechtlich zulässig sei, spreche er sich nochmals für eine entsprechende Lösung aus. Auf die Äußerungen von Herrn Rees eingehend stellt Frau Dr. Langenberg fest, dass aufgrund der Intensität des Themas die Forderung nach einer eigenen Produktgruppe für die Flüchtlingsversorgung berechtigt sei. Für andere Personengruppen stelle sich diese Frage nicht. Herr Dr. Schmitz vertritt die Auffassung, dass die Umsetzung einer eigenen Produktgruppe schwierig sei und damit auch nicht die langfristigen Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft darstellbar seien. Herr Copertino weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen von seinen Kommunen bereits vergleichbare Darstellungen erwarte und es nicht ausgeschlossen sei, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen entsprechende Vorgaben mache. Seines Erachtens sei die separate Kostendarstellung unabdingbar für die Berechnung auskömmlicher Erstattungen; Folgewirkungen für andere Bereiche schließe er aus. Herr Rütter fasst den Diskussionsstand zusammen und stellt fest, dass mehrheitlich zunächst der Wunsch nach einer Aufbereitung der Fakten durch die Verwaltung bestehe. Er schlage daher vor, den Antrag nach Erhalt einer entsprechenden Informationsvorlage in der nächsten Sitzung zur Abstimmung zu stellen. Diesem Vorschlag schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Beschluss:

Die Verwaltung erarbeitet bis zur nächsten Sitzung eine Informationsvorlage; die Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion wird bis dahin vertagt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2014/2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld und Ergebnisverwendungsbeschluss sowie Entlastung des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2976/2014-2020

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Jahresabschluss und den Lagebericht 2014/2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Der Rat nimmt von dem Prüfungsergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera Wirtschaftsberatung AG, Bielefeld vorgenommenen Pflichtprüfung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.07.2015**

mit einer Bilanzsumme von 4.764.002,83 €

und

mit einem Jahresergebnis von 76.038,32 €

in der geprüften Form fest und beschließt:

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2014/2015 von 76.038,32 € ist in die Veranstaltungsrücklage einzustellen.

- 2. Der Rat stellt die Entlastung der Mitglieder des Betriebsausschusses Bühnen und Orchester für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 fest.**

Gemäß § 31 GO NRW haben Frau Biermann und Frau Henke sowie Herr Copertino und Herr Gugat an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziffer 2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 6 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019

Zu Punkt 6.1 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien

Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020/1

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 7 Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen ist nichts zu berichten.

-.-.-

Andreas Rüther
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)